

Plenarrede am 14. Februar 2019 von Dr. Bärbel Kofler, MdB

zu den Unterrichtungen durch das Deutsche Institut für Menschenrechte

- **Jahresbericht 2017**, Bundestagsdrucksache 19/6492
- **Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland im Zeitraum Juli 2017 bis Juni 2018**, Bundestagsdrucksache 19/6493
- **Jahresbericht 2016**, Bundestagsdrucksache 19/171
- **Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland im Zeitraum Juli 2016 bis Juni 2017**, Bundestagsdrucksache 19/172

und zur

- **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zu den Entschließungsanträgen „70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Fraktionen FDP, Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen**
Bundestagsdrucksachen 19/7564, 19/6455, 19/6456, 19/6457

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es wurde gerade angesprochen: Wir sprechen über die letzten Jahresberichte des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Wir sprechen aber auch über das wichtige Datum: 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Das heißt, dies gibt uns die Gelegenheit, über beide Fragen zu sprechen: über die Frage der Menschenrechtssituation im eigenen Land - dafür sind die Berichte des Deutschen Instituts für Menschenrechte da - und über die Situation der Menschenrechte weltweit. Die Gesamtlage der Berichte gibt uns wichtige Hinweise auch für das Handeln, das wir in

Zukunft zum Schutze der Menschenrechte und - das möchte ich gleich vorwegnehmen - insbesondere zum Schutze von Menschenrechtsverteidigern anstreben sollten.

Der letzte Bericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte spricht über Verletzungen von Menschenrechten auch im eigenen Land. Ich erfahre in Diskussionen in anderen Ländern, aber auch bei der Staatenprüfung in Genf - einige Kollegen aus dem Haus waren dabei - immer wieder, dass man die Situation in anderen Ländern nur dann glaubwürdig kritisieren kann, wenn man auch bereit ist, im eigenen Land hinzuschauen, wo es Probleme gibt, und zu Verbesserungen beizutragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So begrüße ich ausdrücklich, dass uns das Deutsche Institut für Menschenrechte wichtige Hinweise gibt, wo es Verbesserungsbedarf gibt: ob zum Beispiel bei den Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigranten, wo es um den Missbrauch von Leih- und Werksverträgen geht - ich glaube, ein ganz relevantes Thema -, ob bei der Frage der Genehmigungspraxis bei Rüstungsexporten oder bei der Frage - ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt -, wie man in globalen Lieferketten Wirtschaft und Menschenrechte zusammenbringen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu all diesen Punkten hat uns übrigens auch die Staatengemeinschaft, also andere Staaten, im letzten Mai in Genf einiges ins Stammbuch geschrieben. Ich fasse die wesentlichen Punkte der Kritik, die wir, wie ich glaube, ernst nehmen sollten, zusammen: Sie betraf das Feld Wirtschaft und Menschenrechte, also wie wir mit Lieferketten umgehen. Sie betraf die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, also die Frage der Frauenrechte in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie betraf auch das Thema Rassismus in Deutschland; da werden leider immer wieder und immer verstärkter unwürdige Situationen in diesem Land von Menschen hervorgerufen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das müssen wir ernst nehmen. Das zeigt auch, dass es eine Verschränkung gibt, dass Menschenrechtspolitik Querschnittsaufgabe aller Politikfelder ist, dass wir sie in unserem innenpolitischen, in unserem wirtschafts- und sozialpolitischen Handeln genauso ernst nehmen müssen wie in unserer außenpolitischen Betätigung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Frank Heinrich (Chemnitz) (CDU/CSU))

Das für mich aktuellste und klarste Beispiel ist die Frage bezüglich Wirtschaft und Menschenrechte, weil wir hier einiges auf den Weg gebracht haben, an einigen Dingen dran sind. Alle Kollegen, die jemals eine Reise in ein anderes Land gemacht haben und gesehen haben, wie durch Kinderarbeit, wie durch katastrophale Arbeitsbedingungen, wie durch Enteignung von Kleinbauern, von Besitzern kleiner Landparzellen menschenrechtlich schwerste Verletzungen entstanden sind, wissen, dass wir bei den Fragestellungen Investitionen und Lieferketten ansetzen müssen, auch bei uns. Da geht es um eine Verschränkung von Innen- und Außenpolitik,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Heike Hänsel (DIE LINKE): Per Gesetz!)

die wir dringend brauchen. Wir sind, glaube ich, beim Nationalen Aktionsplan auf einem guten Weg. Ja, es ist wichtig, einen Branchendialog zu haben. Es ist wichtig, ein Monitoring zu haben.

(Abg. Andrej Hunko (DIE LINKE) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Weil die Frage gleich kommt - ich habe auch den Zwischenruf gehört -, sage ich auch den Satz, der in meinem Manuskript steht: Ja, ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen auch ein Gesetz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hunko, Fraktion Die Linke?

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Bitte.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Bitte, Herr Kollege.

Andrej Hunko (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Kollegin Kofler, ganz wichtig für den Schutz der Menschenrechte sind ja transnationale Systeme, zum Beispiel die UNO, auch der Europarat. Ein wichtiger Punkt - Sie haben das ja auch angesprochen - sind die sozialen Menschenrechte, der soziale Schutz. Die Bundesregierung hat im Jahre 2007 die Europäische Sozialcharta unterzeichnet - damals gab es auch eine Große Koalition -, aber bis heute nicht ratifiziert. Ich finde, dass das eigentlich eine Schande ist. Dort geht es um Wohnungsrechte, um Rechte im Alter. Wann können wir damit rechnen - es sind jetzt zwölf Jahre seit der Unterzeichnung her -, dass sie ratifiziert wird?

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege, Sie sprechen ein wichtiges Thema an, die sogenannten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, also alles, was im UN-Sozialpakt

angelegt ist, ein wichtiger Teil der Menschenrechte, für den ich ganz besonders stehe und der mir sehr wichtig ist. Mir ist auch der Sozialpakt sehr wichtig. Ich kann Ihnen hier kein Datum nennen. Ich bin fest überzeugt, dass wir in diesem Bereich vorankommen werden, genauso wie bei der Zeichnung des Zusatzprotokolls zum Thema wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Auch dort werden wir vorankommen wie auch bei der Frage - das ist ein anderes Thema - der indigenen Völker. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Ich glaube, da kommen wir voran.

(Andrej Hunko (DIE LINKE): Europäische Sozialcharta!)

- Ja, auch da bin ich guten Mutes und hoffe, dass wir vorankommen. Ich kann Ihnen kein genaues Datum nennen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber die Bedeutung dieses Themas hier deutlich in den Mittelpunkt stellen. Da gebe ich Ihnen gerne Recht.

Das Thema der Verschränkung der Menschenrechte zwischen innen und außen war ein Punkt. Die Berichte des Deutschen Instituts für Menschenrechte geben dazu wesentliche und wichtige Hinweise. Die zweite Frage, auf die unser Augenmerk liegen muss, ist die Frage der Situation der Menschenrechte weltweit. Es ist eigentlich beschämend, dass wir 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sagen müssen: Der Zustand der Welt ist schwierig. Die Frage der Menschenrechte wird täglich schwieriger. Der Raum für Menschen, die sich engagieren - ob es ganz normale Bürger ihres Landes sind, ob es Journalisten sind, ob es Menschenrechtsverteidiger sind, ob es Rechtsanwälte sind, die sich dieser Menschen annehmen -, wird täglich geringer. Er wird in vielen Ländern geringer. Er wird auch in Europa geringer. Und er wird leider auch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union geringer. Das sind keine Länder mehr, an denen sich andere ein Beispiel nehmen können, wenn dort die gemeinsamen Grundwerte der Europäischen Union, nämlich

der Schutz der Menschenrechte, die immer und überall gelten, und die Achtung der Würde des Menschen - nicht eines Nationalbürgers -, leider mit Füßen getreten werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen also an einem Punkt, an dem es, wie ich glaube, sehr wichtig ist, die Menschenrechte zu verteidigen, sie wieder in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns zu rücken und vor allem auch denen, die in anderen Ländern in schwierigen Situationen sind, beizustehen, wo immer es möglich ist. Ich glaube, wir sind gut beraten, Zivilgesellschaften mit ihren Netzwerken, die helfen können, zu unterstützen. Wir sind als Parlamentarier gefordert, bei unseren Reisen, aber auch bei Partnerschaften im Rahmen des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Diether Dehm (DIE
LINKE))

Ich finde, das Auswärtige Amt ist gefordert. Wir machen einiges; der Minister hat gestern einiges vorgestellt. Ich selbst biete mehrere Vernetzungsseminare in den Regionen an, um Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger zusammenzubringen und ihnen damit Räume für Betätigung zu eröffnen, die es sonst nicht geben würde.

Wir müssen darüber hinaus im internationalen Kontext und im europäischen Kontext Verbündete suchen, um Menschenrechtsthemen voranzubringen. Dazu gehört - ich freue mich, dass wir uns im UN-Menschenrechtsrat in Genf ab der nächsten Wahlperiode engagieren wollen -,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
sowie des Abg. Michael Brand (Fulda) (CDU/CSU))

dass wir die Menschenrechtsthemen, die in Genf sehr fundiert diskutiert werden, in die Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in New York hineintragen. Hier muss eine Verschränkung erfolgen, und es muss verstanden werden, dass der Schutz von Menschenrechten eine der besten Maßnahmen zur Krisenprävention und zum Erhalt des Friedens ist, die wir treffen können. Wer Menschenrechte schützt, trägt zur Konfliktbewältigung bei und löst damit Friedensprozesse aus.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Das Thema Menschenrechte ist leider in sieben Minuten nicht umfassend zu bearbeiten. Wir müssen die Kernbotschaft der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. - Es geht darum, Diskriminierungen jedweder Art zu verhindern und die Gleichheit aller Menschen zu fördern. Es geht darum, ihre sozialen Rechte zu stärken und eine soziale Basis für ihr Leben zu schaffen. Da bleibt viel für uns alle zu tun. Ich freue mich dabei auf die Unterstützung vieler Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)